

Zum Fremdenrecht im Wallis vom 15. bis ins 18. Jahrhundert

LOUIS CARLEN

Das Wort «Fremder» hat in dieser Arbeit folgende Bedeutung : Im weiteren Sinne bezeichnet es jeden Nicht-Walliser, jeden, der nicht Bürger der *terrae Vallesiae* ist ; im engeren Sinne bedeutet es jeden, der im Wallis keinen festen Wohnsitz hat ¹. Das Fremdenrecht ist ein Ausnahmerecht ². Es regelt, auf das Wallis angewandt, Rechte und Pflichten der Fremden im Wallis und gegenüber Wallisern, enthält gewisse Vorteile der Fremden gegenüber diesen oder — und das ist häufiger — Nachteile im Verhältnis zu den Bürgern des Landes.

Unsere Kenntnis des im Wallis vom 15. bis ins 18. Jahrhundert angewendeten Rechtes gegenüber Fremden fließt aus dem Landrecht und dem Zenden- und Ortsrecht. Dazu gesellen sich — allerdings weniger umfangreich und nur ergänzend — Gerichtsakte, die über Verhandlungen gegen Fremde Aufschluss geben, und Rechnungsbücher, die Abgaben von Fremden notieren.

Dieser Aufsatz hat den Zweck mit einem besonderen Blick auf das Landrecht und die Beschlüsse und Vorschriften des Landrats erstmals einen — wenn auch knappen und nicht erschöpfenden — Überblick zu geben über das Recht der Fremden im Wallis vom 15. Jahrhundert bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts.

¹ B. Cropt sagt in seinen *Elementa Juris Romano-Valesii*, Seduni, 1841, p. 39 : « Praecipua personarum divisio jure nostro probata est in *Valesianos et peregrinos*. Valesiani reputantur : 1^o) cives seu patriotae ; 2^o) incolae, qui habent jus mansionis perpetuae ; ceteri omnes peregrini sunt ».

² Vgl. zum Begriff des Fremdenrechts : H. von Frisch, *Das Fremdenrecht*, Berlin, 1910, S. 3, 115 ff. ; E. Fuld, *Die Stellung der Fremden nach Völkerrecht*, Würzburg, 1931, S. 18.

I

Im allgemeinen galt gegenüber Fremden der Grundsatz : *Erga extraneos talis lex et ratio habenda qualis a suae nationis magistratu in casu simili erga nostrates observari solet*³.

Abmachungen und Verpflichtungen, die man mit den Nachbarn eingegangen war, gingen den Fremdengesetzen vor. Das Landrecht des Kardinals Schiner sagt : *Salvis tamen in hoc foederibus et capitulis quae dominus episcopus et patriotae simul cum aliquibus vicinis habent, quae salva sunt et ante omnia servantur*⁴. Das Landrecht Bischof Hildebrands von Riedmatten nimmt diesen Grundsatz in Kap. 40 auf⁵ und die Revision des Landrechtes von 1780 in Art. 9, § 2 (« belangend aber unsere Verbündete solle das Gegenrecht beobachtet und gehalten werden »)⁶.

II

In *strafrechtlichen* Belangen sind die Fremden nach dem Landrecht den Einheimischen gleichgestellt. Da die Landrechte bei der Angabe des Tatbestandes der Strafsätze sprechen von : *si quis, qui, quilibet, quisquam, quicunque, nemo* etc., kann kein Zweifel bestehen, dass die Strafdrohung sowohl für Walliser, wie für Fremde galt⁷.

Einzig im Sinne eines Gewerbeschutzes enthält Kapitel 162, § 2 des Landrechtes von 1571 eine strafrechtliche Bestimmung gegen Fremde : Der fremde Kaufmann, der sich dem Hausierverbot widersetzt und seine Waren, ausser Vieh und grobem Leder, auch anders als auf öffentlichen Plätzen und Märkten feilbietet, verfällt einer Busse von 3 Pfund, die dem Ortsrichter zu bezahlen sind⁸. Die *Additiones* von 1598 drohen fremden Händlern, die sich den Kaufpreis für ihre Waren in Hypothekarbriefen verschreiben lassen, eine Busse von 3 Pfund und Konfiskation des Hauptgutes an⁹.

III

Im *Prozessrecht*¹⁰ geniesst der Fremde nach den Landrechten von 1514 (Art. 47) und 1571 (Kap. 10) die Wohltat eines beschleunigten

³ Kap. 83 des Landrechtes von 1571. Abgedruckt bei : A. Heusler, *Rechtsquellen des Cantons Wallis*, Basel, 1890 (= Sonderabdruck aus : *Zeitschr. für schweizer. Recht*, NF, Bd. VII-IX), S. 266 f.

⁴ Art. 9, Heusler, *op. cit.*, Nr. 33, S. 206.

⁵ *Ibidem*, Nr. 180, S. 288.

⁶ *Ibidem*, S. 448.

⁷ J. Graven, *Essai sur l'évolution du droit pénal valaisan*, Lausanne, 1927, p. 253.

⁸ Heusler, *op. cit.*, Nr. 180, S. 337 f.

⁹ *Ibidem*, Nr. 302, S. 94.

¹⁰ Vgl. auch H. Rudorff, *Zur Rechtsstellung der Gäste im mittelalterlichen städtischen Prozess* (= Gierke Untersuchungen, 38).

Gerichtsverfahrens : *de triduo in triduum audiatur, assignetur et administretur sibi iustitia*. Dies gilt aber nur, wenn es sich nicht um eine Besitzklage oder eine gewichtigere Klage auf Ehre oder Körperstrafe handelt. In diesen Fällen gelten die gleichen Fristen und Termine wie für die Einheimischen, ebenso, wenn der Fremde ein Kaufmann ist, der zwar keinen festen Wohnsitz im Lande hat, der aber hier immer wieder Geschäfte tätigt¹¹. Im Landrecht von 1446 werden die Fälle aufgezählt, bei denen Fremden innerhalb von 3 Tagen Recht gesprochen wird : bei Diebstahl und Raub, bei Nichtbezahlen einer versprochenen Kaufschuld, in allen Berufungsfällen, bei Zugrecht und in Ehesachen, bei Klagen gegen Briefe, Schriften und Urkunden, bei Besitz- und Eigentumsstreitigkeiten¹².

Nach dem Statut von Raron vom 15. Januar 1548 erledigt der Richter bei den ordentlichen Gerichtssitzungen zuerst die Fälle der Fremden und dann erst die der Einheimischen und Untertanen¹³. In Bezug auf Kostenbürgschaft sind die Fremden in Prozessen den Landleuten nach Landrecht gleichgestellt¹⁴.

Die Artikel von Naters von 1446 weisen in Art. 79 den Richter an, jemanden, der ausser Landes wohnt, bei der Vorladung vor Gericht folgende Frist zu gewähren : die Zeit, die er braucht, um sich nach Hause zu begeben, dort einen ganzen Tag zu verweilen und einen Tag, um sich an den Gerichtshof zu begeben. Der Richter darf auf Verlangen einer Partei auch eine andere Frist gewähren¹⁵.

Nach den *Additiones* von 1598 gilt gegenüber Fremden Reziprozität in Kostenbelastung des unterliegenden Prozessgegners¹⁶.

Eine Bestimmung, die in ihren Grundzügen ebenfalls auf die Artikel von Naters zurückgeht, enthält Art. 38 der 1780 zum Abschluss gekommenen Revision des Landrechtes : « Von Sequestration unter Fremden. Dieweil man in Erfahrung gesehen, dass die sequestrationes fremder Waaren mehrmalen viele Ungelegenheiten verursacht, als ist gerathen und beschlossen worden, dass in keinem Orte unser Landschaft zwischen zweyen oder mehr Fremden einige Sequestraz oder

¹¹ Auf gewisse Anstände, welche die Boten von Brig auf dem Landrat vom 4.-18. Dez. 1590 vorbrachten, bestätigt der Bischof die Geltung dieser Bestimmungen und gibt einige Erläuterungen dazu : « Des ersten das die selb Remission von dry tagen nitt anders soll verstanden werden, dann gegen denjenigen so nitt recht von den fremden besucht werdent in den zenden wo si sy nitt huss undt es syg glich vor ir Gnaden im Zenden Sitten oder andren durgenden richtern doselbst als ouch vor dem Herrn Landthauptmann wo er in des werers zenden wohnhafft ». *Burger-Archiv Sitten* (zitiert : *ABS*), 204/9, p. 90.

¹² Heusler, *op. cit.*, Nr. 18, S. 187, Art. 56.

¹³ *l. c.*, Nr. 385, S. 349, Art. 8.

¹⁴ *l. c.*, Nr. 214, S. 76.

¹⁵ *l. c.*, Nr. 18, S. 192.

¹⁶ *l. c.*, Nr. 305, S. 95, Art. 20.

Arrest zugelassen werden sollen, es seye denn man gebe hierlands eine genugsame Bürgschaft für alles was daraus erfolgen kann»¹⁷.

IV

Im *Zivilrecht* steht für Fremde die Ehegesetzgebung und die Regelung des Zugrechts im Vordergrund.

1. Auf dem Weihnachtslandrat 1571 wird dem Bischof anbedungen, dass er darauf sehe, « das nicht jedem Fremdling eine fromme Landmannstochter zur *Ehe* zu nehmen zugelassen werde, es wäre denn solche Ehe mit leiblichem Werk bekräftigt oder es wollte die Tochter trotz dem Unwillen der Freundschaft in dem Vorsatz verharren, und dass eine fromme Tochter nicht einem schnöden, unredlichen Bub, der an seinen Ehren nicht aufrecht, er sei fremd oder heimisch, vermählt und betrogen werde »¹⁸.

Nach einem Beschluss des Landrates vom 26. Juni - 3. Juli 1583 ist eine Ehe mit einem Fremden nicht eher gestattet, bevor dieser den Nachweis seines Mannrechtes, seiner ehelichen Geburt, seines ehrlichen Geschlechts, seines « frommen Wohlverhaltens » und dass er nicht verheiratet ist, erbringt¹⁹.

Der Weihnachtslandrat von 1607 erlässt ein Verbot, wonach ohne Wissen und Willen der nächsten Verwandten kein Fremder eine Einheimische zur Ehe nehmen darf. Tut er es trotzdem, wird er zur Strafe ins Halseisen gestellt und die Ehe wird als nichtig erklärt²⁰. Jedoch schon zwei Jahre später hebt der Landrat die Strafe des Halseisens auf, da man Gegenrecht befürchtet und « weil diese Strafe hässlich und ehrverletzend ist ». Sie wird ersetzt dadurch, dass man der Frau einen Drittel des Vermögens zugunsten ihrer Verwandten konfisziert²¹. Diese Regelung findet 1780 in die Revision des Landrechtes Eingang, indem man folgenden Art. 14 aufnimmt : « Von Heurath der Weiber mit Frembden. Alldieweilen man öfters hat erfahren müssen, dass wegen der allzugrossen List und Geschwindigkeit der Frembden, so wider den Willen und zu höchstem Verdruss ehrlicher Freundschaften im Ehestand sich einflicken, diesem so schändlichen Missbrauch abzuhelpen ist allen und jeden Töchtern und Wittfrauen hochoberkheitlich verboten worden, sich ohne Wissen und Consens ihrer Aeltern oder in deren Abgang der nächsten Befreundten sich mit Frembden

¹⁷ l. c., S. 457.

¹⁸ l. c., Nr. 181, S. 69. Vgl. dazu L. C[arlen], *Beschlüsse des alten Walliser Landrates*, im *Walliser Volksfreund*, 1952, Nr. 30.

¹⁹ Heusler, *op. cit.*, Nr. 201, S. 73.

²⁰ l. c., Nr. 226, S. 78.

²¹ l. c.

zu verheurathen, bey Verfallniss und Confiscation des Drittentheils derselben Töchtern oder Frauen Habs und Guts, welches den nächsten Freunden derselben ohne alle Gnade zukommen solle ; mit folgender weiterer Erklärung, dass wenn sie sich mit solchen verheurathen, welche die Töchter zu dotieren pflegen, und die Aeltern oder Freunde ihren Willen darzu geben, solchen Weibsbildern solle ebenfalls für die schon etwan bezogene oder annoch beziehende Erbschaft pro dote von hundert zehn bezahlet und entrichtet werden. — Geschähe aber solche Ehe wider den Willen der Aeltern oder Anverwandten, so solle alsdenn die dos auf den dritten Theil des Zehenden gelegt werden, das übrige solle den wahren Erben verbleiben. Belangend aber die Mitverbundene solle das Gegenrecht fleissig observieret und beobachtet werden »²².

Der Grund, warum man die Heirat mit Fremden verhindern wollte, liegt in erster Linie in vermögens- und erbrechtlicher Richtung²³. Es galt den Abgang des Vermögens ins Ausland zu verhindern. Darum auch verbietet der Landrat vom 5.-17. Dezember 1731 den inländischen Frauen im Brautstuhl²⁴ Vergabungen an ihren ausländischen Bräutigam ohne Zustimmung des Vormunds oder, wo kein solcher bestellt ist, eines ihrer nächsten Verwandten²⁵.

2. Aus dem gleichen Grunde findet sich auch 1780 in der Revision des Landrechts ein Artikel (48), der Männern und Frauen, die sich in ausländische Klöster begeben, verbietet, ihre Güter zu verkaufen und das Geld aus der Landschaft zu tragen « zum höchsten Nachteil seiner wahren Erben ». Verkaufen sie trotzdem, ist der Verkauf null und nichtig. Die Klosterleute sollen sich mit lebenslänglicher Nutzniessung oder « einer anständigen dote » begnügen²⁶.

Das gleiche Ziel erstrebt der Beschluss des Landrates vom 16. Juni - 2. Juli 1630, der sagt : Wenn ein thalberiger Fremder in der Landschaft sich niederlässt und ohne Leibeserben stirbt, verfällt sein Vermögen der Landschaft. Der Private, der einen Erbenspruch geltend macht, erhält bloss das, von dem er beweisen kann, dass es der Verstorbene von auswärts mitgebracht hat²⁷. Zur Aufstellung dieses Ge-

²² I. c., S. 451 f.

²³ Es ist fraglich, ob auch Bedenken religiöser Natur — wie in Zürich — Grund für die Erschwerung der Ehen mit Fremden waren. — Vgl. dazu P. Wehrli, *Verlobung und Trauung in ihrer geschichtlichen Entwicklung von der Reformation bis zum Untergang der alten Eidgenossenschaft*, Diss. Zch., Turbenthal, 1933, S. 69 f.

²⁴ Nach Walliser Landrecht konnte die Ehefrau bloss am Hochzeitstag und durch letztwillige Verfügung vergaben (Landrecht von 1514, Art. 36 ; Landrecht von 1571, Kap. 105).

²⁵ Heusler, *op. cit.*, Nr. 288, S. 92.

²⁶ I. c., S. 455.

²⁷ Vgl. die Parallelen im deutschen Recht bei J. Grimm, *Deutsche Rechtsaltertümer*, Bd. I, 1899, S. 665.

setzes kam man bei der Beurteilung des folgenden Spezialfalles : Der Landvogt von St-Maurice fragt den Landrat an, wie er sich verhalten solle, da eine gewisse thalberige Person des Abtes von Fey hinter Nenden gestorben sei, und da nun der genannte Abt deren Verlassenschaft anstrebe²⁸.

Das gesamte Vermögen fremder Geistlicher, die ohne Testament sterben, fällt nach Art. 6 der Landsatzung der sieben Zenden vom 19. April 1496 an den Bischof von Sitten, *sic prout ab antiquo fuit observatum*²⁹.

Die Landleute versuchte man vom *Verkauf von Gütern an Fremde* abzuhalten, indem man ihnen den Drittel des Kaufpreises abforderte³⁰ (Abschoss, *ius detractus*). Später verlangte man nur mehr 5 %, die dem Richter des Ortes, an dem das verkaufte Gut lag, zu bezahlen waren³¹. Diese Tendenz, Ausländer vom Erwerb von Gütern auszuschalten, ist ein weit über das Wallis hinaus allgemein festzustellender Grundsatz³², nach Heusler bildete sie sogar « eine der wichtigsten Beschränkungen der rechtlichen Stellung der Fremden »³³.

Wie sehr man die Geschlossenheit des Gutes gegenüber den neuen wirtschaftlichen Anschauungen zu bewahren suchte, beweist die umfangreiche Gesetzgebung auf dem Gebiete des *Zugrechts*. Zahlreiche Artikel in allen Landrechten und in den Ortsstatuten und 28 einschlägige Landratsabschiede aus den Jahren 1525-1761 legen davon Zeugnis ab.

Das Zugrecht ist das Recht einer Person, einen Gegenstand, der an einen Minderberechtigten verkauft wurde, gegen Bezahlung des vom ersten Erwerber entrichteten Kaufpreises und sonstiger Kosten innert einer bestimmten Frist an sich zu ziehen. Eine eingehendere Behandlung des Zugrechtes im Wallis sei einem späteren Aufsatz vorbehalten. Hier mögen nur die wesentlichen Punkte herausgestrichen sein, die Bezug auf Fremde haben.

Im Landrecht von 1571 ist das Kapitel 83 überschrieben : *De tenta extraneorum*. Es enthält den Grundsatz : Wenn irgend ein Fremder in der Landschaft Güter kauft, besteht 10 Jahre lang³⁴ nach Ab-

²⁸ ABS, 204/16, p. 281 f.

²⁹ Heusler, *op. cit.*, Nr. 21, S. 165.

³⁰ ABS, 204/7, p. 791, Abschied vom 26. Juni - 3. Juli 1583.

³¹ Heusler, *op. cit.*, Nr. 268, S. 89.

³² H. v. Frisch, *op. cit.*, S. 24 f. ; E. Huber, *System und Geschichte des schweizerischen Privatrechts*, Bd. IV, Basel, 1893, S. 269 f. ; H. Rennefahrt, *Grundzüge der bernischen Rechtsgeschichte*, Bd. II, Bern, 1931, S. 186.

³³ A. Heusler, *Institutionen des deutschen Privatrechts*, Bd. I, Leipzig, 1885, S. 147.

³⁴ Die Fristen gegenüber Fremden sind in den schweizer. Rechten öfters länger als die Fristen gegen Landleute. Fristen von 10 Jahren gibt es auch an anderen Orten (z. B.

schluss des Kaufes Zugrecht, und zwar haben den Zug zuerst die nächsten Verwandten (*proximores consanguinei et affines*) des Verkäufers, dann die Nachbarn, die angrenzende Liegenschaften haben, und zuletzt jeder Landmann. Besteht Verdacht von Gefährde, soll der Richter das Gut schätzen. Der Züger hat dann dem fremden Käufer nicht mehr zu bezahlen. Im übrigen lässt man Fremden gegenüber das gleiche Recht angedeihen, das deren Behörden den Wallisern gegenüber anwenden³⁵. Diese Gesetzesbestimmung ist entstanden aus den Landratsabschieden vom 13. Sept. 1525, 12. Dez. 1548, 26. Juli - 3. Aug. 1559, 30. Juni 1562, 16. - 28. Juni 1563 und 11. - 21. Dez. 1570. Sie hat auch Eingang gefunden in die 1780 zum Abschluss gelangte Revision des Landrechtes, die allerdings den in Sitten wohnhaften Fremden ein Besserstellung gewährt. Art. 9, § 10 lautet: « Von Zugrecht gegen Fremde. Die Fremden sollen dem ewigen Zugrecht unterworfen seyn, laut Landrecht und Revision, solange selbe oder ihre Nachkommende nicht sind als Landleute angenommen worden. Hierin aber werden nicht in allem inbegriffen die in der Stadt Sitten wahrhaft angenommenen Einwohner, welchen aus erheblichen Ursachen zugestattet wird, nämlich wenn sie etwas Gut, aber allein in der Gerichtsbarkeit gemeldeter Stadt, erkaufen, solches dem Magistrat anzeigen, und der Kauf öffentlich angeschlagen worden, solle allsdann selbes Gut nur drey Jahr lang dem Zugrecht unterworfen bleiben und nicht weiters. — Wo sie aber Güter ausser gemeldeter Gerichtsbarkeit kaufen würden, sollen dem Zugrecht unterworfen bleiben, wenn sie nicht Landleute sind ».

Art. 9, § 4 des gleichen Gesetzes bestimmt, indem es den Inhalt eines Abschiedes des Landrates vom 11. - 20. Mai 1695 übernimmt: Wenn ein Fremder Güter kauft und diese erbweise seinen Kindern hinterlässt, so bleiben diese erbten Güter gleichwohl dem Zugrecht unterworfen, solange die Erben nicht als Landleute erkannt wurden³⁶.

Der Weihnachtslandrat 1559 gewährt jedem Landmann Zugrecht gegen Fremde, die Vieh, Leder und Schmalz kaufen. Dem Züger wird jedoch aufgetragen, dem Fremden für seinen Markt 3 Gros zu erlegen, wenn der Zug am Markttag geschieht, erfolgt er drei oder mehr Tage später, sind dem Fremden auch etwaige Kosten zu vergüten³⁷.

Baden). Vgl. H. W. Frick, *Die Näher- und Zugrechte in den Kantonen Bern, Aargau, Solothurn und Luzern*, Worb, 1949, S. 69; P. F. Kugler, *Das Zugrecht und seine Entwicklung*, Diss. Basel 1948, Maschinenschrift, S. 54.

³⁵ Heusler, *op. cit.*, Nr. 180, S. 304 f. — Eine knappe Darstellung des Walliser Zugrechts im 14. und 15. Jahrhundert gibt R. Hoppeler, *Das Zugrecht nach den Walliser Rechtsquellen des Mittelalters*, in *BWZ*, III, 1906, S. 452-456.

³⁶ Heusler, *op. cit.*, S. 53, 449.

³⁷ *l. c.*, Nr. 41, S. 50.

Aus den Zenden- und Ortsrechten sei erwähnt ein Statut, das die Briger am 21. Juni 1579 erliessen. In ihm wird den Einwohnern (*habitatores*) des Zenden Brig das Zugrecht gegenüber den Italienern und den anderen Ausländern (*omnibus Italis et Lombardis et aliis*) zuerkannt. Auf Verlangen der Boten von Brig wird dieses Statut am 15. Dezember 1582 in allen seinen Teilen vom Bischof und Landrat bestätigt ³⁸.

Die besondere Erwähnung der Italiener geschieht nicht von ungefähr. Schon am 30. Juni 1562 hatten Talleute von Simpeln auf dem Landrat um Schutz nachgesucht, da die Lombarden und Eschentaler den ihrigen alle ihre Alpen in Zwischbergen abkauften ³⁹. Später hatte sich der Landrat noch mehrmals mit dem Zugrecht gegen Italiener zu befassen ⁴⁰.

Das Zugrecht, das in den Ortsstatuten verankert ist, sieht häufig nicht nur für Immobilien den Zug vor, sondern für die verschiedensten Gegenstände. So haben z. B. in Münster die Bürger und Einsassen das Holzzugrecht ⁴¹, in Monthey das Zugrecht bei Verkauf von Häuten und Baumrinden ⁴². Allerdings wird in den Ortsstatuten das Wort «Fremder» oft verwendet als Bezeichnung für jeden Nicht-Bürger oder Einwohner des betreffenden Ortes oder Zenden.

V

Wie verhält es sich mit der *Niederlassung und Einbürgerung von Fremden im Wallis*?

Der Landrat vom 16. Dezember 1545 erlässt folgende Verordnungen: Fremde dürfen sich im Wallis ohne Niederlassungsbewilligung nicht niederlassen. Die Niederlassungsbewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Fremden glaubwürdige Mannrechtsbriefe (freier Stand), Siegel ihres Herkommens und des Abschieds (Tatsache, dass sie in Ehren aus der Heimat entlassen) vorweisen ⁴³. Auf dem Weihnachtslandrat der Jahre 1556 und 1644 wird diese Verordnung wiederholt ⁴⁴. Das Landrecht von 1571 formuliert das in Kap. 169 folgendermassen: *De ignotis non recipiendis. Extranei et ignoti in nulla*

³⁸ Stockalper-Archiv Brig, I, Nr. 224.

³⁹ ABS, 204/4, p. 448.

⁴⁰ ABS, 204/5, p. 127 f.; 204/7, p. 411 f.; 204/8, p. 275; 204/11, p. 362.

⁴¹ Gemeinde-Archiv Münster, B, Nr. 17: Satzung betr. Bürgerrecht in der Gemeinde Münster vom 1. Jan. 1549.

⁴² Heusler, *op. cit.*, Nr. 591, S. 144.

⁴³ ABS, 204/27, p. 143.

⁴⁴ ABS, 204/4, p. 201.

*parte patriae pro incolis et inhabitatoribus aut civibus suscipiantur et admittantur, nisi de eorum ortu, legalitate et probitate litteras fidelitatis omni fuco et suspitione carentes exhibuerint*⁴⁵.

Bei dieser Einschränkung der Niederlassungsfreiheit spielt die Tendenz mit, mittellose Fremde, die als Arme dem Gemeinwesen zur Last fallen könnten, abzuhalten. Aehnliche Verordnungen finden sich auch an anderen Orten, wie z. B. 1545 in Zürich⁴⁶.

Die Savoyer, die in den Zenden Wohnung nehmen, und zu Beginn ihrer Niederlassung keine Briefe vorweisen, sind für thalberig zu halten. Daher sind sie auch nicht fähig gültig zu testieren⁴⁷.

Besondere Bestimmungen enthalten manchmal die Ortsrechte; z. B. bestimmt Art. 5 der Bauernzunft von Reckingen (1541): «Dass kein Burger noch Dorffmann soll noch mag keine fremde leüth in sin gemach und huss einsetzen ohne erlaubnis, wissen und willen der übrigen dorffleut»⁴⁸.

Aufnahmen von Fremden ins Landrecht lassen sich nachweisen⁴⁹. Die Revision des Landrechts von 1780 macht es den Oberwalliser Gemeinden zur Pflicht, dass sie keinen «Ausländer noch Unterthan zu einem Bürger oder Gemeinder annehmen, bevor ein solcher für einen Patrioten oder Landsmann erkennt und angenommen worden»⁵⁰.

Zum Einkauf ins Landrecht wurde nach einem Landratsbeschluss von 1750 folgende Einkaufssumme gefordert: «Zwei Dublen desentim für Sportulen, und in die lobl. Zenden 50 Ducatuner, 1 Centner Pulver und so viel Blei in das Landesmagazin. Für Aufnahme als Unterthan im Unterwallis die Hälfte hievon»⁵¹.

Ein besonderes Kapitel bildet die Aufnahme ins Bürgerrecht der Gemeinden. Sie findet eine eingehende Darstellung bei Bieler⁵² und für die einzelnen Gemeinden in den Dorfgeschichten⁵³, so dass wir hier mit einem Verweis auf diese Werke darüber hinweg gehen können.

⁴⁵ Heusler, *op. cit.*, Nr. 180, S. 339.

⁴⁶ N. Friedmann, *Die öffentlich-rechtliche Stellung der Fremden in Zürich vom 14. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts*, Diss. iur. Zürich, Affoltern a. A., 1934, S. 83.

⁴⁷ Heusler, *op. cit.*, Nr. 138, S. 62 f.

⁴⁸ Kirchen-Archiv Reckingen, Nr. 30.

⁴⁹ BWG, III, 1904, S. 226; X, 1949, S. 320.

⁵⁰ Heusler, *op. cit.*, S. 459, Art. 46.

⁵¹ *l. c.*, Nr. 295, S. 93.

⁵² J. Bieler, *Die Bauernzünfte als Dorfrecht*, in BWG, IX, 1944, S. 551 ff. Für die neuere Zeit vgl. W. Kämpfen, *Ein Bürgerrechtsstreit im Wallis*, Zürich, 1942, S. 58 ff.

⁵³ Vgl. z. B. Erwerb des Bürgerrechts durch Ausländische in Gampel: F. Schnyder, *Chronik der Gemeinde Gampel*, Brig, 1949, S. 61; in Reckingen: A. Briw, *Reckingen*, in BWG, VII, 1930, S. 48; in Täsch: J. Zurbruggen, *Täsch*, Brig, 1952, S. 221.

VI

Kap. 72 des Landrechtes von 1571 schliesst die Fremden (*extraneos, ignotos, non patriotas*) von der *Ausübung des Notariates* aus, es sei denn sie erlangten eine besondere Bewilligung des Landrats⁵⁴, während im Landrecht des Kardinals Schiner (Art. 50), sowohl die Landleute (*patriota*), als auch die im Lande wohnsässigen (*accolla, advena*) und anderen Fremden (*alienus*) zugelassen werden; immerhin soll das Kapitel unter gleichen Bedingungen, Landleute den Fremden vorziehen⁵⁵. Die Artikel von Naters (Art. 98) verbieten den Ausländern das öffentliche Stipulieren von Urkunden *sine licencia domini et patriotarum* ausser im Notfall oder in Todesgefahr⁵⁶. Nach dem Landrecht Bischof Walters II. Auf der Flüe werden Fremde erst dann zur Ausübung des Notariates zugelassen, wenn sie *per nos vel successores nostros probati, examinati, admissi et recipiendum contractus publicati fuerint* (II. Teil, Art. 85)⁵⁷.

Die fremden *Doctoren, Scherer* und *Schreyer*, die im Lande ihren Beruf ausüben wollen, müssen zuerst vor dem Landmedicus ein Examen ablegen. Praktizieren sie, ohne sich dieser Tortur zu unterziehen, werden sie mit Verlust all ihrer Habe oder, wo eine solche fehlt, mit einer Leibesstrafe gebüsst. So beschlossen im Landrat 1760 und in Art. 18 der Revision von 1780⁵⁸.

VII

Dass man im Sinne einer Gewerbeordnung besondere Vorschriften für die *Krämer* und *Händler* erliess, versteht sich von selbst. Der Landrat verbietet den fremden Krämern für den Kaufpreis ihrer Waren Zins zu fordern⁵⁹. Art. 40 der Landrechtsrevision von 1780 sagt: « In Betrachtung, dass die fremde Silberkrämer vielmal schlechte und die erforderliche Probe nämlich dreyzehnlöhtig nicht haltende Waar ins Land bringen und hingegen altes gutes Silbergeschirr daraus tragen, dadurch aber die Leute öfters namhaft betrogen werden, hat eine hohe Obrigkeit für gut und nöthig erachtet, solchen schädlichen Handel

⁵⁴ M. Mangisch, *De la situation et de l'organisation du Notariat en Valais sous le régime épiscopal*, Thèse droit Fribourg, St-Maurice, 1913, S. 157 ff.; Heusler, *op. cit.*, Nr. 180, S. 299.

⁵⁵ *l. c.*, Nr. 33, S. 227 f.

⁵⁶ *l. c.*, Nr. 18, S. 176.

⁵⁷ W. A. Liebeskind, *Bischof Walters II. Auf der Flüe Landrecht der Landschaft Wallis*..., Leipzig, 1930, S. 65.

⁵⁸ Heusler, *op. cit.*, Nr. 298, S. 94 u. 452.

⁵⁹ *l. c.*, Nr. 303, S. 94.

vorzubeugen allen fremden Krämern zu verbüthen, keine fabrizierte Gold- oder Silberwaar mehr in unserm Vatterlande zu verkaufen, sie haben denn zuvor solche dem Richter oder Obrigkeit des Orts, in welchem sie selbe feil halten wollen, vorgewiesen und von demselben dafür Erlaubnis erhalten, und dieses bey Strafe 25 Pf., auch Confiscation der Waar, welche nicht die obgemeldete verordnete Probe erhalten würde»⁶⁰.

Mehrmals erlässt der Landrat Hausierverbote, auf deren Nichteinhalten gewöhnlich eine Busse von 3 Pfund steht, so am 19. - 20. Dezember 1511⁶¹, 17. November 1534, 9. - 18. Dezember 1558, 10. - 20. Dezember 1687, 7. - 17. Dezember 1756 (10 Pfund Busse)⁶². Damit verbinden sich Verbote gegen herumziehende «Byangger», «Payanker», «fremde starken», «Landschruchern», «Kesselbietzer», «Lamparten» und «Lombarden»⁶³. Das Hausierverbot wird auch in die Sammlung rechtlicher Landratsabschiede, die Bischof Johann Jordan 1550 anlegen liess, aufgenommen⁶⁴.

Der Maienlandrat 1585 betont: das fremde Bettlervolk ist nicht ins Land zu lassen und, wo es sich eingeschlichen hat, auszuweisen⁶⁵. Der Landratsabschied vom 27. Mai - 6. Juni 1573 sagt folgendes: «Demnach ist ein anzug beschäichen von wegen, das gar vil unbekants frombts Bettelvolk sich von tag zu tag in ein Lantschaft verfügt, alle dörffer ersuchend, deren dann mancher heymischer, und arme Landlütt engelten müsstend, darnäben man ir frombkeit halb, grossen argwon haben möcht, diewyll man weyss das zu Genf und etlichen umliegenden orten in kurtz verruckter zytt an tag komen syndt anschleg und versammlungen, gar vilarmseliger gottlosen möntschen, welcher Gottes Herren verloungnet, darnach fürgenommen lütt zu ermorden, darzuo durch etliche tüffels künst pestilenz zu machen, welcher elender Rott ein theil dem Rechten entrunnen, etlich an der pynn der gycht sich erwert, von selben Orten schweren müssen, dardurch dann zu besoo-

⁶⁰ *l. c.*, S. 457 f. Vgl. dazu den Abschied des Landrates vom 26 Mai - 7. Juni 1641 (*l. c.*, Nr. 147, S. 64).

⁶¹ D. Imesch, *Die Walliser Landrats-Abschiede*, Bd. I, Brig, 1916, Nr. 67 g, S. 222.

⁶² Heusler, *op. cit.*, Nr. 66, S. 54.

⁶³ Vgl. dazu auch D. Imesch, *Verordnung der Ballenführer von Brig*, in *BWG*, IV, 1911, S. 282 f. Die Lombarden waren allgemein verhasst als Geldwucherer (vgl. J. J. Amiet, *Die französischen und lombardischen Geldwucherer des Mittelalters, namentlich in der Schweiz*, im *Jahrb. f. Schweiz. Geschichte*, I u. II (1876/77)). — Interessant sind die Erlasse, die schon im 14. Jahrhundert der Bischof von Sitten und die Grafen von Savoyen erlassen, und durch welche die Beweiskraft der Schuldscheine, die von solchen Wucherern ausgestellt sind, gemindert ist. — J. Gremaud, *Documents relatifs à l'histoire du Vallais*, in *Mémoires et documents publiés par la soc. d'histoire de la Suisse Romande*, Bd. XXXIII, Nr. 2192.

⁶⁴ *ABS*, Tir. 131, Nr. 14. Vgl. zum Hausierverbot auch J. Graven, *op. cit.*, S. 495 f.

⁶⁵ *ABS*, 204/8, p. 132.

regen das selbigs volcks ein anzahl in ein Landschaft komen, und grosse verberb muss anrichten mochte»⁶⁶. Der Landrat vom 25. Mai - 4. Juni 1586 beschliesst eine regelrechte Säuberung des Landes von fremdem Bettelvolk, «wegen des unlydlichen betrangs des frömbden volcks, dessen ein gantze Landtschafft nun bald voll und überladen ist». Dabei will man die wirklich Armen schonen⁶⁷.

Daneben gibt es für Fremde auch Einreiseverbote, die aber seuchenpolizeiliche Massnahmen sind, die besonders in Pestzeiten erlassen werden. Deshalb schreiben Bischof und Landrat am 21. Mai und am 8. August 1575 an den Schultheissen und Rat der Stadt Luzern, dass sie niemanden aus «pestilenzischen Orten» in ihr Land kommen lassen⁶⁸.

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts ist es verboten, von Fremden Geld aufzunehmen⁶⁹.

Auch ein *Judenverbot* fehlt nicht⁷⁰. Ja, Kapitel 170 des Landrechtes von 1571 (*De propellendis et abigendis illis siccariis et furibus Ismahelitis minoris Aegypti*) sprüht geradezu von Hass gegen die Juden. Es spricht von einer *damnosa caterva* oder in der deutschen Redaktion von einer «schadlichen Rott». Allen Kastlänen, Meiern und andern Richtern und Behörden oberhalb und unterhalb der Mors bei Gundis wird aufgetragen, die Juden und Zigeuner aus dem Lande fern zu halten und sie sofort aus dem Lande zu weisen, wenn sie irgendwo eindringen. Entzieht sich ein Richter oder eine Behörde diesem Gesetz, wird der Richter oder die Behörde mit einer Busse von 10 Pfund belegt, die der Ortsrichter einzuziehen und an den Landeshauptmann zu bezahlen hat. Leisten die Juden oder Zigeuner Widerstand, hat der Ortsrichter, unter Androhung der gleichen Strafe bei Unterlassung, sie einzukerkern⁷¹.

⁶⁶ ABS, 204/6, p. 285 ff.

⁶⁷ ABS, 204/8, p. 272.

⁶⁸ Staatsarchiv Luzern. Abt. Zugewandte: Wallis, A 1, Nr. 251.

⁶⁹ Landratsabschied vom 2. Mai 1503: Es ist untersagt von fremden Herren Gelder anzunehmen und zwar unter Strafe von Ehrlosigkeit und Verlust des Lebens (!) (D. Imesch, *Landrats-Abschiede*, I, Nr. 16 d, S. 42). — Ähnlich die Abschiede vom 19. Dez. 1504 und 2. März 1516 (l. c., Nr. 21 g, S. 56 f. u. Nr. 93 b, S. 306). — Abschied vom 18. Dez. 1508: *Ut nemo extra patriam pecunias mutuo accipiat sub banno 20 floren. renensium* (l. c., Nr. 37 a, S. 603).

⁷⁰ Schon in den Franchises von Monthey, Art. 21, wird die Beweiskraft von Urkunden in den Händen von Juden beschränkt, indem sie gegenüber verstorbenen Personen auf 3 Jahre beschränkt wird (J. Gremaud, *op. cit.*, Bd. XXXIII, S. 67 ff.). — Für die behandelte Zeit fand ich kein Material über die Juden im Wallis. Bekannt ist, dass der in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Freiburg tätige jüdische Arzt Vinan de la Tor auch im Wallis ärztlichen Rat erteilte. — A. Steinberg, *Studien zur Geschichte der Juden in der Schweiz während des Mittelalters*, Diss. Bern, Zürich, 1902, S. 93.

⁷¹ Heusler, *op. cit.*, Nr. 180, S. 339.

Noch am 16. Dezember 1570 hatte der Landrat bei der Bestätigung der savoyschen Freiheiten für Monthey betreff des Satzes der Haftpflicht für Lombarden- und Judenforderungen binnen 3 Jahren beschlossen, *quod unicuique jus et justitiam implorenti, cuiuscunque status vel condicionis fuerit, brevis et expedita justitia ministretur*⁷².

Der Landrat vom 7. - 17. Dezember 1745 erliess auf Initiative des Bischofs Johann Jos. Blatter ein *Verbot gegen die Freimaurer*, die seit den und Orten in dem ganzen Vatterlande verboten bey Verlust des dieser Vereinigung beitritt, verliert nicht nur alle bürgerlichen Rechte, sondern auch Hab und Gut. Damit die Freimaurer eher entdeckt werden, wird dem Anzeiger eine ansehnliche Belohnung ausgesetzt⁷³.

Fremde und Ausländer dürfen im Lande keine *Rekruten werben*. Halten sie sich nicht an dieses Verbot, büssen sie mit 100 Talern und, wenn sie diese nicht erlegen können, mit einer Leibesstrafe⁷⁴.

Der Landrat vom 15. Dezember 1546 beschliesst allgemein den *Ausschluss der Fremden von den Gemeindeberatungen*⁷⁵.

In Bezug auf fremde *Ordensleute* enthält die Revision des Landrechts von 1780 folgende Vorschrift: « Es wird hiemit allen Gemeinden und Orten in dem ganzen Vatterlande verboten bey Verlorst des Landrechts und aller gemeinen Nutzungen, ander fremde beschwörliche Ordensleuthe oder Religiösen anzunehmen oder zu introducieren ohne Vorwissen und Willen sowohl Ihro hochfürstlichen Gnaden als eines hohen Standes »⁷⁶.

Zum Schluss sei darauf hingewiesen, dass sich in den Ortsstatuten gegenüber Fremden (wobei der Begriff des Fremden enger ist) die verschiedensten Bestimmungen finden, die oft nur im Zusammenhang mit der Ortsgeschichte zu verstehen sind. Erwähnt sei Art. 4 der vom Landrat am 16. Dezember 1570 bestätigten Freiheiten von Monthey. Er gestattet nur den Bürgern von Monthey und den Landvon Monthey. Er gestattet nur den Bürgern von Monthey und den Landleuten des Oberwallis, Wein auszuschenken⁷⁷. In Reckingen ist auf der Sägemühle zuerst das Holz der Dorfleute zu sägen und dann erst darf das Holz der Fremden verarbeitet werden⁷⁸.

⁷² I. c., Nr. 583, S. 141.

⁷³ I. c., Nr. 292, S. 93; L. Meyer, *Bischof Joh. Jos. Blatter*, in *BWG*, VII, 1930, S. 251.

⁷⁴ Art. 49 der Revision von 1750. Heusler, *op. cit.*, S. 460.

⁷⁵ *ABS*, 204/3, p. 49.

⁷⁶ Heusler, *op. cit.*, S. 458, Art. 43.

⁷⁷ I. c., Nr. 583, S. 141.

⁷⁸ Kirchen-Archiv Reckingen, Nr. 32.



Welches ist *gesamthft gesehen*, die rechtliche Stellung der Fremden im Wallis in der Zeit vom 15. bis in 18. Jahrhundert? Sie ist, sofern der Fremde nicht bestimmten Klassen (Bettler, Landstreicher, Hausierer) und Bekenntnissen (Juden, Freimaurer) angehört, nicht schlecht. Im Strafrecht steht der Fremde hinter dem Walliser nicht zurück und im Prozesse geniesst er sogar gewisse Vorzüge. Wohl wird ihm die Ehe mit einer Landestochter erschwert, hat er Hindernisse beim Vermögenserwerb zu überwinden und muss sich zur Ausübung bestimmter Berufe (Notariat, Arztberuf) einer Prüfung unterziehen; er ist aber als Kaufmann gut gestellt, darf sich, wenn er recht beleumundet ist, im Lande niederlassen und kann sogar das Bürgerrecht erwerben.
